

Erträge des Wachstums auf neue Bundesländer konzentrieren

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 5. Mai 1992 nach gründlicher Diskussion eines Berichtes des Bundesfinanzministers folgenden Beschluß gefaßt:

1 Die CDU/CSU-Fraktion nimmt den Bericht des Bundesministers der Finanzen zur Finanz- und Haushaltssituation zustimmend zur Kenntnis.

2 Der Aufbauprozeß in den neuen Bundesländern stellt eine finanzpolitische Herausforderung dar, die in der Nachkriegsgeschichte einmalig ist. Sie wäre ohne die Rückkehr zu einer soliden Haushaltsführung seit 1982 durch die unionsgeführte Bundesregierung überhaupt nicht zu bewältigen gewesen. Gleichwohl ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Wir müssen die Erträge unseres Wirtschaftswachstums für mehrere Jahre auf die neuen Bundesländer

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Europa

CDU startet große Aktion:
Wir machen uns stark für Europa. Seite 12

● CDU/CSU

Fünf Themen ganz oben auf
der Tagesordnung. Seite 3

● Wirtschaft

Standort Deutschland: Gren-
zen der Belastbarkeit erreicht.
Seite 5

● Dokumentation

Asylrecht: Europäische Lö-
sung erfordert Ergänzung un-
seres Grundgesetzes. Auszüge
aus der Bundestagsdebatte am
30. April 1992. Grüner Teil

Generalsekretär
Peter Hintze:
„Die europäische
Orientierung ist ein
unverwechselbarer
und unverzichtbarer
Teil christdemokrati-
scher Identität.“

Siehe auch Seite 12



Die deutsche Europa-Partei

2. Umweltforum der CDU Deutschlands

ZWEI WOCHEN VOR RIO lädt die CDU zu ihrem 2. Umweltforum ein. Zwei Wochen vor der wichtigen Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ der Vereinten Nationen vom 1. bis 12. Juni 1992 in Rio de Janeiro diskutieren Experten über Möglichkeiten, die Vernichtung der Wälder aufzuhalten, die drohende Zerstörung der Ozonschicht zu vermeiden, der Gefahr weltweiter Klimaveränderungen zu entgegen, und über den „Weg zu einer weltweiten Umweltpartnerschaft“.

- Das 2. Umweltforum findet am Frei-

tag, dem 15. Mai 1992, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn statt.

● Am **Donnerstag, den 14. Mai 1992** findet ebenfalls im Konrad-Adenauer-Haus die 2. Konferenz der CDU-Umweltbeauftragten statt.

● **Anmeldungen:**

Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Telefon (0228) 544527.

Bitte, senden Sie Anmeldungen per Fax an folgende Nummer: (0228) 544-371.

(Fortsetzung von Seite 1)

konzentrieren, um damit den wirtschaftspolitischen Zielen des Einigungsvertrages weiter Rechnung tragen zu können. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, daß unsere Wirtschaftskraft im europäischen und weltweiten Wettbewerb gegenüber härter werdender Konkurrenz gesichert bleibt.

Deshalb sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Das in der Koalitionsvereinbarung vom 16. Januar 1991 für die erste Hälfte der Legislaturperiode festgelegte Ausgabenmoratorium wird bis zum Ende dieser Legislaturperiode verlängert. Dies bedeutet, daß neue ausgabenwirksame Leistungen bzw. die Verbesserung bestehender Leistungen nur dann beschlossen werden können, wenn an anderer Stelle gleichgewichtig und dauerhaft eingespart wird.
- Die Ausgabenzuwächse des Bundeshaushaltes sind im mittelfristigen Zeitraum auf durchschnittlich 2,5 Prozent zu begrenzen und damit deutlich unter der

Zunahme des Bruttosozialproduktes zu halten.

Die den Bund betreffenden Lasten aus dem Kreditabwicklungsfonds und aus der Treuhandanstalt sind in diesem Rahmen abzudecken.

Zusätzliche finanzielle Anforderungen der EG und aus dem internationalen Bereich sind im Rahmen einer internationalen Lastenteilung auf das unabdingbar Notwendige zu begrenzen und mit einer betragsmäßigen Obergrenze zu versehen.

- Im Finanzplanungszeitraum ist die Nettokreditaufnahme gegenüber dem heutigen Stand deutlich zurückzuführen.
- Die Bewältigung der gesamtstaatlichen Konsolidierungsaufgabe muß auch von den Ländern und Gemeinden getragen werden. Deshalb sollten die Gebietskörperschaften im Westen Deutschlands ihre Ausgabensteigerungen auf höchstens drei Prozent begrenzen; in den neuen Ländern sind insbesondere Umschichtungen von den konsumtiven zu investiven Ausgaben notwendig.

Fünf Themen ganz oben auf der Tagesordnung

In den kommenden Wochen wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtige politische Entscheidungen treffen und durchsetzen. Auf der Tagesordnung stehen dabei fünf Themen ganz oben:

- Die Sicherung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und finanzpolitischen Solidität. Die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushalts ist heute — trotz der großen finanziellen Anstrengungen, die wir für den Aufbau der neuen Bundesländer erbringen — geringer als am Ende der sozialliberalen Koalition. Allerdings: Der Haushalt bietet keinen Spielraum für neue Ausgaben. Nur mit großer Ausgabendisziplin können wir unser Markenzeichen — solide Staatsfinanzen — weiterhin gewährleisten. Neue Wünsche können nur berücksichtigt werden, wenn entsprechende Einsparvorschläge vorgelegt werden. Überzogene Tarifforderungen und Streiks sind in dieser Lage ungewöhnlich kontraproduktiv.
- Die Einführung der Pflegeversicherung auf einer dauerhaft tragfähigen Finanzierungsgrundlage. Diese Pflegeversicherung ist unabweisbar. Die Probleme, die sich aus der steigenden Lebenserwartung und Veränderungen im Verhältnis der

Generationen ergeben, können nicht auf Dauer durch die Sozialhilfe gelöst werden.

- Die Eindämmung des Asylmißbrauchs. Unsere Fraktion will die Änderung des Grundgesetzes. Ein solcher Schritt wird zwar nicht alle Probleme der weltweiten Völkerwanderung lösen, aber wesentlich dazu beitragen, daß eine gemeinsame europäische Asylpolitik schnell verwirklicht werden kann und der unbegrenzte Zuzug gestoppt wird.

- Die Verabschiedung des europäischen Vertrages von Maastricht. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist kein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Dies fürchten Menschen in Deutschland, aber auch anderswo in der EG, zu Unrecht. Wir können die Ängste dieser Menschen nicht einfach übergehen. Aufklärung tut not. Es muß sich herumsprechen: Eine europäische Währung wird es nur geben, wenn sie so stabil ist wie unsere D-Mark. Das haben unsere Partnerländer im Vertrag von Maastricht akzeptiert.

- Die Verbesserung des Schutzes ungeborenen Lebens. Wir brauchen eine Regelung, die — eingerahmt von wirksamen sozialpolitischen Maßnahmen — die Zahl der Abtreibungen senkt und zum „Ja zum Kind“ ermutigt.

Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Union will bei diesen wichtigen Themen schnelle Entscheidungen.

„Konrad Adenauer in Cadenabbia“

Zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, an den Namensgeber der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie an dessen Arbeitsur-laub am Comer See ist in einer Auflage von 6.000 Exemplaren eine Broschüre mit dem Titel „Konrad Adenauer in Cadenabbia“ erschienen. Der Droste-Verlag in Düsseldorf hat sie in sein Verlagsprogramm aufgenommen. Im Buchhandel soll sie 18 DM kosten.

4. Deutschland-Forum des EAK in Frankfurt

„Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“

Seit Jahren kommen Menschen aus vielen Ländern der Erde nach Deutschland. So haben etwa die ausländischen Arbeitnehmer viel zur positiven Entwicklung unserer Wirtschaft beigetragen. Sie sind geachtete Mitbürger und Freunde geworden.

Daneben kommt eine immer größere Zahl von Asylbewerbern. In den Anerkennungsverfahren stellt sich dann oft heraus, daß kein Asylgrund vorliegt. Angesichts der sprunghaft wachsenden Zahl von Fremden reagieren inzwischen manche Menschen bei uns mit Angst, Unsicherheit und Ablehnung.

Wohnungsnot, die hohe Beanspruchung kommunaler Haushalte durch Sozialhilfe und die Dauer der Asylverfahren verstärken diese Reaktionen.

Christen wissen, daß der Schutz des Fremden Gottes Gebot ist. Politisch Verfolgte sollen bei uns Schutz und Hilfe finden. Aber das Asylrecht ist nicht der Schlüssel zur Lösung der Probleme, die sich aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Welt ergeben.

Es gibt ja viele Wanderungsursachen. So kommen Menschen aus bitterer Armut zu uns, weil sie für sich und ihre Kinder in der eigenen Heimat keine Zukunft sehen. Hier ist die Entwicklungshilfe- und Handelspolitik der Industriestaaten gefordert.

Antworten und Lösungen können nur in demokratischer Gemeinsamkeit

gefunden werden. Flucht und Migration, Umgang mit Fremden und die Notwendigkeit einer europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik sowie einer verantwortungsbewußten Entwicklungshilfe sind die Stichworte für eine Diskussion beim 4. Deutschland-Forum des Evangelischen Arbeitskreises in Frankfurt am 16. Mai 1992.

Bundsvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Generalsekretär Peter Hintze**: Ich freue mich auf einen lebhaften Gedankenaustausch mit den Referenten und Gästen im Südbahnhof

Gäste für Vorträge und in Gesprächsrunden sind u. a.:

- **Wolfgang Schäuble**, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
- **Rupert Neudeck**, Komitee Cap Anamour;
- **Walter Koisser**, Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen;
- **Michaela Geiger**, Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit;
- **Hans-Otto Hahn**, Direktor Brot für die Welt, und
- **Carl-Dieter Spranger**, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Anmeldung und Information:
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
5300 Bonn 1
Telefon (0228) 544-302

Wirtschaftsstandort Deutschland: Grenzen der Belastbarkeit erreicht

In den letzten Jahren haben sich die weltweiten ökonomischen Rahmenbedingungen verändert. Die Mobilität des internationalen Kapitals hat zugenommen. Zahlreiche Länder haben den Standortwettbewerb aufgenommen und Unternehmensteuern gesenkt, Hemmnisse gegenüber ausländischen Investoren abgebaut und einen moderateren Kurs in der Lohnpolitik eingeschlagen. Länder in Südostasien sind gewichtige Konkurrenten geworden. Mit den Ländern Mittel- und Osteuropas sind neue Standorte mit geringen Arbeitskosten hinzugekommen. Der Startschuß zum EG-Binnenmarkt steht kurz bevor. Vor diesem Hintergrund ist die Bundesrepublik Deutschland ohne Zweifel ein teurer Standort.

Zweifellos verfügt der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor über erhebliche Stärken: Die stark mittelständisch geprägte Struktur der deutschen Wirtschaft führt zu einer beachtlichen Flexibilität, Risikobereitschaft und Kreativität. Der deutsche Markt ist groß und lukrativ. Deutschland kann als Tor zu den neuen Märkten Mittel- und Osteuropas angesehen werden. Unsere Ausstattung mit Infrastruktur ist im internationalen Vergleich gut. Der deutsche Arbeitsmarkt verfügt über qualifizierte Arbeitskräfte. Wir haben ein hohes Maß an Währungsstabilität, sozialem Konsens, politischer und rechtlicher Stabilität. All diese Faktoren wurden von den Vertretern der Wirtschaft auf einem Expertengespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausdrücklich gewürdigt. Diese Standortvorteile dürfen allerdings

nicht statisch interpretiert werden. Der internationale Standortwettbewerb ist ein außerordentlich dynamischer Prozeß. Die Konkurrenz um uns herum schläft nicht und unternimmt ihrerseits Anstrengungen, bisherige Standortnachteile abzubauen bzw. Standortvorteile noch stärker zum Tragen zu bringen. Als Beispiel zu nennen ist die jüngste Standortumfrage des Ifo-Instituts.

Danach ist die bislang von den Unternehmen in der Bundesrepublik positiv bewertete „Qualität der Arbeitskräfte“ mittlerweile deutlich zurückhaltender eingestuft worden als in früheren Umfragen. Wäh-

**Von Michael Glos,
stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

rend das Institut darauf hinweist, daß sich darin nicht unbedingt ein absolut sinkendes Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte in Deutschland widerspiegeln muß, sondern die zunehmend bessere Qualifikation der Arbeitnehmer in Konkurrenzstandorten, wurde auf dem Expertengespräch auch auf ein gesunkenes (Durchschnitts-) Niveau der Schul- und Hochschulbildung in Deutschland hingewiesen.

Angesichts des veränderten internationalen Umfeldes besteht also die Gefahr, daß die bisherigen Positivfaktoren unseres Wirtschaftsstandortes nicht mehr ausreichen, um eine Vielzahl von Nachteilen zu kompensieren. So sind 1991 die Lohnstückkosten bei uns um 5½ Prozent in die Höhe getrieben worden. Bei den Lohnzu-

Eine neue Veröffentlichung der KAS

Seit kurzem liegt eine weitere Ausgabe der „Zeitschrift zur politischen Bildung“ vor. Hauptthema des 112 Seiten umfassenden Heftes:

Asylbewerber und Ausländer in Deutschland

Einige der Beiträge und Autoren:

- Die geschichtliche Dimension des Artikels 16 des Grundgesetzes (Hans-Jürgen Papier)
- Deutschland auf dem Weg zu einem Einwanderungsland (Eckart Schiffer)
- Asylrecht und Asylpraxis (Thomas Trautwein)

- Der Beitrag der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand (Hans Dietrich von Loeffelholz)

- Asylrecht im Parteienstreit (Volker Rühle, Erwin Huber, Uwe Lühr, Karlheinz Blessing)

- Nichts aus der Geschichte gelernt? (Hans-Helmuth Knütter)

Weitere Informationen/Ansichtsexemplare:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
W-5047 Wesseling**

satzkosten sind wir mit 85 Prozent des Direktentgeltes ein zweifelhafter Weltmeister.

Im internationalen Vergleich belasten die deutsche Wirtschaft hohe Energie- und Umweltkosten. Die Steuerbelastung der Unternehmen beträgt bei uns rd. 65 Prozent und ist damit höher als in wichtigen Konkurrenzländern. Unsere Unternehmen müssen ungleich mehr Feiertags-, Urlaubs- und Krankheitstage bezahlen als ihre ausländischen Konkurrenten. Unsere Arbeitnehmer arbeiten etwa 1600 Stunden pro Jahr im Vergleich zu 2100 Stunden in Japan und 1900 in den USA.

Nicht einzelne Standortfaktoren sind es, die im Wettbewerb mit dem Ausland Probleme bereiten. Es geht vielmehr um die Gesamtheit aller Einflußgrößen. Und dieses Gesamtsystem ist es, das im internationalen Wettbewerb steht und wo möglicherweise das Pendel zu Lasten der deutschen Wirtschaft auszuschlagen droht. So betrug 1990 und 1991 die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland netto 6 Mrd. DM, während

die deutschen Investitionen im Ausland per saldo 64 Mrd. DM erreichten.

Nicht zu Unrecht ist von Gewerkschaftsseite gegenüber der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darauf hingewiesen worden, daß hohe Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland auch eine notwendige Antwort auf die Globalisierung der Weltmärkte darstellen. Auslandsinvestitionen werden getätigt, um ausländische Märkte zu sichern, um am wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt in anderen Ländern teilzunehmen, um protektionistische Schranken zu umgehen, um Wechselkursrisiken abzusichern usw. Gleichwohl darf die Entwicklung des Saldos der Direktinvestitionen mit dem Ausland nicht verharmlost werden.

Die Notwendigkeit für Direktinvestitionen in anderen Ländern ergibt sich nämlich auch für ausländische Unternehmen. Und hier ist zu fragen, warum diese gegenüber Investitionen in der Bundesrepublik so zurückhaltend sind.

Illegales Abzweigen von nuklearem Material unbedingt verhindern

Im Hinblick auf die Sicherung und Kontrolle des Kernmaterials in den ehemaligen sowjetischen Republiken erklärte der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Kurt Würzbach:

Die Mehrzahl der ehemaligen Sowjetrepubliken ist immer noch nicht dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, obwohl dies wiederholt spektakulär angekündigt wurde. Dies ist wegen der damit verbundenen Sicherheitsrisiken nicht länger hinnehmbar. Um das illegale Abzweigen von nuklearem Material zu verhindern, ist endlich eine wirksame und internationale Kontrolle erforderlich.

Da in der Regel erst ein Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag und ein

Abkommen mit der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) internationale Möglichkeiten eröffnet, besteht für Monate, wenn nicht gar Jahre ein nicht vertretbares gefährliches Kontrollvakuum.

Um diesen unhaltbaren Zustand möglichst rasch zu beseitigen, sollten neben dringend erforderlichen wirksamen nationalen Kontrollmechanismen sofort zumindest regionale Kontrollsysteme geschaffen werden. Dabei kann die Europäische Gemeinschaft für Atomenergie (EURATOM) als Vorbild dienen und vor allem auch wertvolle Hilfestellung leisten. Wenn die ehemaligen sowjetischen Republiken weiterhin effektive Kontrollen verhindern, sollte der Westen auch Beschränkungen bei den vielfältigen Hilfsmaßnahmen vornehmen. ■

JU-Aktion „Wir schreiben an George Bush“

In den Kreisverbänden der Jungen Union ist jetzt bundesweit die Aktion „Wir schreiben an George Bush“ angelaufen: Mit 50 000 Postkarten an die Adresse des amerikanischen Präsidenten macht sich die JU dafür stark, daß er persönlich zu einem Erfolg der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro beiträgt.

Wie der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, mitteilte, könne die Konferenz in Rio angesichts der Tatsache, daß allein auf die Vereinigten Staaten über

ein Viertel der weltweiten energiebedingten CO₂-Emissionen entfalle, nur Erfolg haben, wenn auch die USA zu verbindlichen Vereinbarungen über eine Reduzierung der Luftbelastung bereit seien. Außerdem sei die JU-Aktion ein Akt internationaler Umweltsolidarität mit Umweltschützern in den USA.

Gröhe betonte in diesem Zusammenhang, daß auch die reichen Industriestaaten beim Umweltschutz „endlich mit gutem Beispiel vorangehen müssen“. Nur dann könnten sie glaubwürdig umweltbewußtes Handeln von den armen Ländern des Südens erwarten.

Das Vertrauen der Bürger in die Großtechnologie stärken

Anlässlich des Forums des Bundesfachausschusses Energiepolitik der CDU „Akzeptanz von Großtechnologie — Voraussetzung für den Industriestandort Deutschland“ am 29. April 1992 erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Ludwig Gerstein:

Großtechnologien und ihre Standorte sind in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren immer häufiger zum Gegenstand heftiger Kontroversen geworden. Ihre Akzeptanz ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Energie-, Technologie- und Wirtschaftspolitik. Die CDU will zu einer größeren Akzeptanz derartiger Technologien in der Bevölkerung beitragen:

1 Das Vertrauen der Bürger in die Sicherheit und Zuverlässigkeit großtechnologischer Anlagen muß gestärkt werden. Erforderlich ist eine „aufklärende Politik“, welche die Sorgen der Menschen ernst nimmt und einen intensiven Dialog mit dem Bürger führt. Das Für und Wider von Großtechnologien muß rational abgewogen und entemotionalisiert werden. Eine solche nüchterne Abwägung führt zu dem Schluß, daß eine sichere und ausreichende Energieversorgung, die zugleich dem Ziel einer größtmöglichen Eingrenzung von Umweltbelastungen und anderer Risiken verpflichtet ist, ohne den Einsatz von Großtechnologien nicht gewährleistet werden kann.

2 Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland ist hervorragend in der Lage, technologisch fortschrittliche und

damit umweltgerechte Anlagen zu planen und zu bauen. Ein isolierter Ausstieg aus diesen Technologien — wie zum Beispiel im Falle der Kernenergie von SPD und Grünen gefordert — wäre zugleich auch ein Verzicht auf die laufende Verbesserung von internationalen Sicherheitsstandards.

3 Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist nur durch die Nutzung von Großtechnologien zu erhalten. Der internationale Konkurrenzdruck wird im Europäischen Binnenmarkt und im internationalen Wettbewerb weiter zunehmen. Die Akzeptanz von Großtechnologien wird ein entscheidender Faktor der Standortqualität eines Landes sein und somit mitbestimmend für Investitionen und die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Akzeptanz in der Bevölkerung muß in Zukunft vor allem dadurch gesteigert werden, daß Großtechnologien und Umweltschutz noch stärker miteinander verzahnt werden.

4 Akzeptanz kann nicht mit Konsens gleichgesetzt werden. Ein hundertprozentiger Konsens ist in einer Demokratie normalerweise nie erreichbar und gegeben. Die Industrie sollte dies bei der Forderung an die Politik nach einem einstimmigen Konsens als Grundlage unternehmerischer Entscheidungen beachten. In Fragen des Ausbaus von Großtechnologien muß von seiten der Politik allerdings auch sichergestellt werden, daß einmal getroffene Mehrheitsentscheidungen langfristig — auch über Legislaturperioden hinaus — ihre Gültigkeit behalten. ■

Fehlendes Bauland darf nicht zu neuen Wohnungsdefiziten führen

Zum Ergebnis einer Klausurtagung der Wohnungspolitiker der Unionsfraktion mit Fachleuten aus Ost- und Westdeutschland am 29. April 1992 über neue Weichenstellungen zur Gewinnung von Bauland erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Wir müssen noch vor Jahresmitte eine neue Offensive zugunsten einer bedarfsgerechten Ausweisung von Bauland und Mobilisierung von Wohnbauland für Bauwillige starten und dabei von Bonn aus auch deutliche Signale in Richtung Länder und Gemeinden für ein integriertes wirksames Handlungsbewußtsein geben.

Unabhängig von den großen Finanzierungsproblemen im Wohnungsbau programmieren wir sonst bei bereits zwei Millionen fehlender Wohnungen und ungelöster Zuwanderungsfrage nicht mehr beherrschbare Wohnungsdefizite in ganz Deutschland allein durch fehlendes Bauland.

Neue gesetzgeberische Signale können nach unserer Bestandsaufnahme sehr

wohl auf den positiven Erfahrungen aufbauen, die die verantwortlichen Handlungsträger zwischenzeitlich mit dem neuen Baugesetzbuch und dem Wohnungsbauerleichterungsgesetz von 1990 gemacht haben. Deshalb ist nicht in erster Linie ein neues Bodenrecht gefordert, sondern ein Umdenken — auch bei den Bürgern —, was den Stellenwert des Wohnungsversorgungsproblems und die daraus abzuleitenden Konsequenzen bei der Lösung von Zielkonflikten, etwa mit dem Umweltschutz, angeht.

Zu Recht ist in der Anhörung hervorgehoben worden, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung bereits heute zum festen Bestandteil der Bauleitplanung gehört. Darüber hinausgehende Praktiken und Forderungen, auf die Baulandausweisung einen noch stärkeren naturschutzrechtlichen Zugriff auszuüben, müssen sich kontraproduktiv auswirken. Das gilt für die in manchen Bundesländern bereits eingeführte Möglichkeit von naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgaben wie für die bürokratisch perfektionierte Gängelung von Gemeinden bei ihrer Bauleitplanung durch mittelinstantliche Aufsichtsbehörden.

200 000 offene Lehrstellen im Handwerk

1991 war für das deutsche Handwerk nach Angaben seines Präsidenten Heribert Späth ein „besonders erfolgreiches Jahr“. Der Umsatz der nach wie vor 615 000 westdeutschen Handwerks- und handwerksähnlichen Betriebe sei um 11,8 Prozent auf 600 Milliarden DM gestiegen. In den neuen Bundesländern habe es Ende 1991 etwa 128 000 Handwerksbetriebe gegeben, 28 000 mehr als 1990. Der Umsatz habe um 21 Prozent von 33 auf 40 Milliarden DM zugenommen. Nach Angaben Späths könnte das Handwerk in West- und Ostdeutschland noch 200 000 bis 250 000 Lehrlinge einstellen, wenn es dafür Bewerber gäbe.

Präparat RU 486:

Die Verantwortung liegt beim Unternehmen

Es kann doch nicht sein, daß der Gesetzgeber pharmazeutische Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland auffordert, einen Zulassungsantrag beim Bundesgesundheitsamt (BGA) für ein bestimmtes Präparat zu stellen. Das ist nicht Aufgabe des Parlaments.

Ebensowenig darf ein pharmazeutisches Unternehmen — in diesem Fall die Firma Hoechst — vom Gesetzgeber eine Aufforderung verlangen, für das Präparat RU 486 einen Zulassungsantrag beim Bundesgesundheitsamt zu stellen. Die Verantwortung für einen solchen Schritt liegt allein beim Unternehmen.

Wenn das Unternehmen einen solchen Schritt aus politischen oder auch ethischen Erwägungen oder weshalb auch immer unterläßt, ist dies allein seine Sache.

In den unternehmenspolitischen Grundsätzen der Firmen Hoechst und Roussel Uclaf ist im Zusammenhang mit RU 486 festgelegt: „Drittens muß der ausdrückliche Wunsch auf Zulassung von Mifepriстон vorliegen — beispielsweise in Form von schriftlichen Aufforderungen einer repräsentativen, verantwortlichen Instanz eines Landes, wie sie Regierungs- oder Gesundheitsbehörden darstellen.“

Editha Limbach, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Eine solche Aufforderung, wie sie auch die SPD verlangt, verschiebt die Verantwortlichkeiten in unzulässiger Weise.

Die Aufforderung durch den Gesetzgeber, einen Zulassungsantrag beim Bundesgesundheitsamt zu stellen, würde den Deutschen Bundestag zugleich politisch haftbar machen in einer Frage, in der wir als Abgeordnete überhaupt nicht gefragt sind.

Vorsitzenden-Konferenz der Frauen-Union

Nicht länger warten. Den notwendigen Schritt tun: Das Gleichberechtigungsgesetz für Frauen in Familie und Beruf

Unter diesem Motto findet am 23. Mai 1992 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eine Vorsitzenden-Konferenz der Frauen-Union statt. Dabei sollen das Gleichberechtigungsgesetz, das die Ministerin für Frauen und Jugend in diesem Jahr auf den Weg bringt, sowie dessen Einzelregelungen diskutiert werden.

Workshop

Am 13. Mai 1992, ebenfalls im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, veranstaltet der Bundesfachausschuß Frauen-Politik der CDU einen Workshop über „Hilfen für Alleinerziehende und einkommensschwache Familien“.

Anmeldungen für beide Veranstaltungen: Frauen-Union der CDU, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 5 44-2 85/-3 13

Frauen überproportional in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Männle, erklärte nach einem Gespräch mit Vertreterinnen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse:

Die Gruppe der Frauen wird sich für eine Änderung der bestehenden Rechtslage bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen einsetzen, und die Verbände werden durch Aufklärungsaktionen zur Bewußtseinsveränderung unter Betroffenen beitragen.

In dem Gespräch mit den Verbandsvertreterinnen wurde vorgetragen, daß die Einführung der Meldepflicht von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen deutlich gemacht habe, daß der Umfang dieser Beschäftigungsverhältnisse unterschätzt worden sei. Dabei seien die privaten Haushalte noch nicht einmal erfaßt, in denen zunehmend für Haushalt, Kinderbetreuung und Altenpflege geringfügig Beschäftigte arbeiteten.

Es könne wohl davon ausgegangen werden, daß etwa sechs bis acht Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bestünden, wobei Frauen überproportional vertreten seien. Eine von der KAB bereits im Jahre 1988 durchgeführte Umfrage habe ergeben, daß 54 Prozent der in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeitenden Frauen sich für eine Sozialversicherungspflicht aussprechen, 38 Prozent dies nicht wollten.

Betont wurde, die häufig vorgetragenen Argumente, die Sozialversicherungs-

pflicht bringe lediglich eine kleine Rente, die Belastung der Krankenkassen sei zu groß und mittelständische Unternehmen seien nicht mehr konkurrenzfähig, seien zu relativieren. Selbst kleine Beiträge könnten zu einer nicht unbeträchtlichen Aufstockung der Rentenbeträge führen, ja könnten unter Umständen verhindern, daß Frauen zu Sozialhilfeempfängerinnen würden.

Die Belastung der Krankenkassen sei ein Scheinargument, da durch die doch weitgehend bestehende Absicherung über den Ehepartner die Sachkosten ohnehin getragen werden müßten. Der Konkurrenzfähigkeit stehe das Argument der Wettbewerbsverzerrung gegenüber. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn Arbeitsplätze geteilt und gedrittelt würden, um die Lohnnebenkosten zu vermeiden.

In Anbetracht der großen Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gingen der Gemeinschaft erhebliche Beträge verloren, obwohl sie andererseits Leistungen (Krankenkosten, Sozialhilfe) erbringen müßte. Insgesamt dürfte hieraus ein beachtlicher volkswirtschaftlicher Schaden erwachsen.

Die Forderungen der beiden Verbände wurden prinzipiell unterstützt. Die Parlamentarierinnen haben bereits eine Umfrageaktion in den Bundesministerien über die dort bestehenden Arbeitsverträge des Reinigungspersonals — insbesondere dessen Sozialversicherungspflicht — durchgeführt und die Ministerien aufgefordert, künftig darauf zu achten, daß das Reinigungspersonal sozialrechtlich abgesichert ist. ■

CDU startet große Aktion:

Wir machen uns stark für Europa

Zum Europatag 1992 am 5. Mai erklärten in einer gemeinsamen Pressekonzferenz Generalsekretär Peter Hintze, die stellvertretende Vorsitzende der CDU, Bundesministerin Angela Merkel, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU, Elmar Brok:

Europa braucht die Zustimmung seiner Bürger

Die Europäische Einigung wird jetzt konkret: Bis zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes sind es noch weniger als 250 Tage. Am Ende dieses Jahrzehnts werden die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union Europas vollendet sein. Aus der Gemeinschaft westeuropäischer Staaten wird eine echte europäische Gemeinschaft. Unser Kontinent tritt in eine neue Epoche ein.

Diese historische Entwicklung nimmt die CDU Deutschlands zum Anlaß für eine breit angelegte Europa-Aktion unter dem Motto „Wir machen uns stark für Europa“.

Die europäische Einigung braucht die Unterstützung der Menschen. Ein auf Freiheit, Frieden, Menschenrechten und Demokratie gegründetes Europa ist ohne die Zustimmung seiner Bürger nicht denkbar. Nur wenn die europäische Einigung

als Vorteil und Chance verstanden wird, kann sie auf Dauer Bestand haben.

Über 80 Prozent der Deutschen sind zwar davon überzeugt, daß die Lösung bestimmter Probleme wie z. B. Friedenssicherung, Drogenbekämpfung oder der Aufbau der osteuropäischen Länder nur im gesamteuropäischen Rahmen gelingen kann. Nachdem der europäische Einigungsprozeß durch die Beschlüsse von Maastricht konkreter geworden ist, haben aber auch die Sorgen und Befürchtungen gegenüber dieser Entwicklung zugenommen. In nur 15 Monaten ist die Zahl der Deutschen, die dem Binnenmarkt mit Hoffnungen entgegensehen, von 52 auf 35 Prozent geschrumpft. Die Zeiten, wo es Mehrheiten für ein einheitliches europäisches Geld gab, liegen gut zwanzig Jahre zurück.

Diese Vorbehalte und Sorgen der Menschen gegenüber dem europäischen Einigungsprozeß müssen ernst genommen werden. Es wäre fatal, wenn die nach den schlimmen Erfahrungen zweier Weltkriege entworfene Vision Europas heute populistisch zerredet würde. Die CDU setzt deshalb mit ihrer Europa-Aktion rationale Argumentation gegen populistische Stammtischparolen. Wir lassen nicht zu, daß Rechtsradikale Ängste gegen Europa schüren und einen neuen Nationalismus propagieren.

Die Europa-Kampagne der CDU ist wesentlich eine Informationskampagne. Sie ist dringend erforderlich, weil das Wissen über die Auswirkungen der europäischen Projekte auf die persönliche Lebenssituation der Menschen in weiten Teilen der Bevölkerung offenkundig noch viel zu gering ist. Unsicherheit und Ängste sind Folgen fehlender Information. Wir werden deshalb im Rahmen der Europa-Aktion die Bürger über die Schritte auf dem Weg zur Einigung Europas intensiv informieren. Die Menschen müssen klare Vorstellungen darüber haben, wie durch den Binnenmarkt neue Chancen für Wachstum, Beschäftigung, günstigere Preise und mehr Vielfalt bei Waren und Dienstleistungen erschlossen werden.

Wir müssen stärker als bisher nicht nur den Befürchtungen im Hinblick auf die Stabilität einer gemeinsamen europäischen Währung entgegenreten, sondern auch die Chancen verdeutlichen, die mit der Euro-Mark für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas gegeben sind. Und schließlich muß jeder Bürger wissen: die Einigung Europas vollzieht sich nach einem klaren Fahrplan; die Entwicklung ist kalkulierbar und überschaubar.

Wir brauchen nicht nur mehr Information über Europa. Notwendig ist vor allem auch eine überzeugende Begründung für die neue Stufe der europäischen Entwicklung, die durch Maastricht eingeleitet worden ist: Europa auf dem Weg zum europäischen Bundesstaat. Wir müssen deutlich machen, daß viele unserer nationalen Probleme nur noch in europäischer Kooperation gelöst werden können. Der Nationalstaat herkömmlicher Prägung ist an die Grenzen seiner Lösungsmöglichkeiten gekommen. Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze sind auf offene Grenzen und internationale

Zusammenarbeit angewiesen. Umweltschutz muß grenzenlos sein. Der Zustrom von Asylbewerbern kann nur im Rahmen europäischer Regelungen bewältigt werden. Gerade in einer Zeit zunehmender nationaler Konflikte wird die Gemeinschaft zum festen Stabilitätsanker.

Mit unserer Europa-Kampagne wollen wir das Bewußtsein dafür stärken, daß gerade wir Deutschen vom geeinten Europa profitieren werden. Als Land in der Mitte Europas, rohstoffarm und auf Exporte angewiesen, braucht Deutschland die europäische Einigung. Das Zusammenwachsen Europas liegt im deutschen Interesse. Deshalb macht sich die CDU stark für Europa.

Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit und der europäischen Einigung

Für die CDU bestand immer ein unauflösbarer Zusammenhang zwischen der deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Wir haben die deutsche Einheit erreicht; wir werden auch die Einigung Europas vollenden. Die CDU ist die führende deutsche Europa-Partei.

Der europäische Einigungsprozeß ist in den zurückliegenden 45 Jahren entscheidend von Christdemokraten in Europa gestaltet worden. Mit Adenauer, de Gasperi und Schuman zählen führende Christdemokraten zu den Gründungsvätern des modernen Europas. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Europäische Gemeinschaft nach 1982 aus der Sackgasse geführt und der Einigungspolitik neue und entscheidende Anstöße gegeben. Die europäische Orientierung ist ein unverwechselbarer und unverzichtbarer Teil christdemokratischer Identität. Sie steht nicht zur Disposition und für tagespolitische Taktik nicht zur Verfügung. Für antieuropäische Polemik ist in der Union kein Platz.

Dieses Grundverständnis bringen wir in unserem Aktions-Logo zum Ausdruck, indem die deutschen und europäischen Farben miteinander verbunden werden. Das geeinte Deutschland und die Einigung Europas sind zwei Seiten derselben Medaille; dies ist unsere politische Philosophie seit Adenauer gewesen. Die CDU versteht sich als deutsche und zugleich europäische Partei. Wir sind modern, offen für die Zukunft, und wir stellen uns unserer internationalen Verantwortung. Der Slogan der Aktion „Wir machen uns stark für Europa“ ist in einem dreifachen Sinn zu verstehen: Wir wollen Europa voranbringen. Wir wollen Deutschland auf die neuen Herausforderungen in Europa vorbereiten. Und wir wollen unsere Parteiarbeit stärker auf Europa ausrichten. Mit unserer Europa-Aktion leiten wir eine intensive Europäisierung der CDU auf allen Ebenen ein.

Europa bietet den neuen Ländern besondere Chancen

Mit unserer Europa-Aktion verbinden wir im Hinblick auf die neuen Länder zwei wichtige Aspekte: Zum einen geht es darum, daß auch die Menschen in Ostdeutschland sich als Bürger des sich einigenden Europas erfahren können. Zum anderen bietet diese Aktion auch die Chance, die bisher wesentlich auf Westeuropa konzentrierte europäische Sichtweise nach Osten hin zu erweitern. Die bisherige EG ist nicht das künftige Europa.

Auch in den neuen Bundesländern dient die Europa-Aktion in erster Linie der Information. Die Menschen im Westen hatten seit Jahrzehnten zumindest die Chance, sich europäisch zu orientieren. In dieser Hinsicht gibt es in Ostdeutschland einen erheblichen Nachholbedarf. Es fehlt nicht nur an Kenntnissen über europäische Institutionen — dieses Defi-

zit ist auch im Westen nicht selten anzutreffen —, es fehlt vor allem auch die konkrete Erfahrung der kulturellen Vielfalt Europas als Grundlage eines gesamt-europäischen Bewußtseins. Es geht jetzt darum, die enge, einseitig ausgerichtete RGW-Perspektive zu überwinden. Deshalb reicht es nicht aus, im Rahmen unserer Europa-Aktion Informationsveranstaltungen durchzuführen und Broschüren zu verteilen. Gerade für die Menschen in den neuen Ländern sind Begegnungsprogramme mit christdemokratischen Partnerparteien in anderen europäischen Ländern von großer Bedeutung. Europa muß für die Ostdeutschen im doppelten Wortsinn „erfahrbar“ werden.

Gerade in den neuen Ländern werden große Hoffnungen auf Europa gesetzt — sogar mehr als im Westen. Die Integrationsneigung im Blick auf eine Politische Union ist deutlich größer, auch wenn viele der Auffassung sind, daß Europa zu bürokratisch ist. Wo europäische Lösungen befürwortet werden, geschieht dies mit mehr Nachdruck als im Westen. Nur 46 Prozent der Bürger in den alten Ländern, aber 59 Prozent der Ostdeutschen setzen beim Thema „stabile Wirtschaft“ auf eine europäische Lösung. Bei Themen wie Umweltschutz, Aufbau der Länder Osteuropas oder Bekämpfung des Drogenmißbrauchs vertrauen 90 Prozent und mehr auf Europa.

Es gibt in den neuen Ländern ein großes Interesse an Europa. Es gibt freilich inzwischen auch gegenläufige Tendenzen. Die aktuellen Schwierigkeiten überlagern vieles; manche euphorische Hoffnung, die vor zwei Jahren aufkam, ist inzwischen in Ernüchterung umgeschlagen. Im Rahmen unserer Europa-Aktion werden wir deshalb auch ein realitätsgerichtetes Bild der Chancen vermitteln müssen, die Europa den neuen Ländern bietet. Allein die im Rahmen der Regional-

förderung der EG vergebenen Gelder an die ostdeutschen Bundesländer haben eine Gesamtinvestition von über 43 Milliarden Mark zur Folge. Die Vernetzung der Treuhandanstalt mit dem „BC-Netz“, einer EG-weiten computergesteuerten Kooperationsbörse für kleine und mittlere Unternehmen ist nur ein Beispiel für die Chancen, die Europa den neuen Ländern bietet.

Die neuen Bundesländer haben aber auch einen neuen und wesentlichen Aspekt in den europäischen Einigungsprozeß einzubringen. Für die Westdeutschen war der Osten Europas lange Zeit aus dem Bewußtsein verschwunden. Die alte Bundesrepublik war politisch und geistig fast ausschließlich nach Westen hin orientiert. Es gab und gibt auch heute immer noch in Westdeutschland kaum Erfahrungen mit dem Osten Europas. Schon in der Vergangenheit war dies sicherlich ein großer Verlust. Für die künftige Entwicklung Europas kann sich dies sogar als ein gefährliches Defizit erweisen. Deutschland ist angesichts seiner geographischen Lage am direktesten vom Erfolg oder Mißerfolg der Entwicklungen im Osten unseres Kontinents betroffen. Wenn der Westen jetzt nicht den Osten stabilisiert, wird der Westen vom Osten destabilisiert werden.

Die Unterstützung der neuen Demokratien ist eine gesamteuropäische Aufgabe und kann auch nur in einer gesamteuropäischen Anstrengung gelingen. Der europäische Einigungsprozeß muß deshalb auf Erweiterung und Vertiefung abzielen. Wenn an Oder und Neiße keine neue Wohlstandsgrenze entstehen soll, muß die Europäische Gemeinschaft die Staaten Osteuropas einbeziehen. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen dürfen nicht zu östlichen Randstaaten der Gemeinschaft werden.

Auf dem Weg zu einer nach Osten hin

erweiterten europäischen Gemeinschaft können die Menschen in den neuen Bundesländern einen eigenständigen Beitrag leisten. Ihre — nicht immer unproblematischen — Erfahrungen mit den ehemaligen „sozialistischen Bruderländern“ eröffnen heute neue Möglichkeiten des Transfers von technischem Know-how und des kulturellen Austauschs. Die Bildung von grenzüberschreitenden Euro-Regionen, wie sie z. B. im Länderdreieck zwischen Sachsen, Böhmen und Schlesien konkrete Formen annimmt, sind Vorstufen einer Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten. In wenigen Jahren werden die Erfahrungen, die jetzt beim Aufbau in den neuen Ländern Deutschlands gesammelt werden, sich als unverzichtbare und wertvolle Hilfe für die anderen ehemals sozialistischen Länder erweisen, wenn es darum geht, diese in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren.

Wir vertreten deutsche Interessen in Europa

Die Europa-Aktion der CDU dient nicht nur der Information der Bürger. Die Aktion ist zugleich der Auftakt einer intensiven Befassung mit europapolitischen Themen. Maastricht hat mit den Entscheidungen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Es kommt jetzt darauf an, die Beschlüsse von Maastricht auszufüllen und weiterzuentwickeln. Maastricht war kein Endpunkt, sondern eine wichtige Etappe auf dem Weg zum europäischen Bundesstaat.

Die CDU setzt vor allem folgende europapolitische Prioritäten:

1 Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion müssen sich parallel entwickeln. Die Maastrichter Festlegung, auf einer Regierungskonferenz bis 1996

die dafür notwendigen Schritte zu ergreifen, muß eingehalten werden.

Maastricht hat erneut einen wesentlichen Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments gebracht. Damit ist aber noch nicht die vollständige Gleichstellung zwischen Parlament und Ministerrat erreicht worden. Dies muß bis 1996 erreicht werden, weil sonst die Akzeptanz der EG beim Bürger und damit die Politische Union überhaupt gefährdet sind. Fortschritte in der Integration dürfen nicht mit demokratischen Rückschritten verbunden sein.

Gemeinsame Politikbereiche, die in Maastricht vereinbart wurden, müssen bis 1996 zu gemeinschaftlichen werden. Dies gilt insbesondere für die Zuständigkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Rechts- und Innenpolitik.

2 Die Vereinbarungen von Maastricht zur Wirtschafts- und Währungsunion müssen streng eingehalten werden. Eine Veränderung wäre nur bei Zustimmung aller zwölf nationalen Parlamente möglich. Die CDU wird sich jedem Versuch widersetzen, die in Maastricht gefundenen Kriterien zur Wahrung der Stabilität einer künftigen europäischen Währung aufzuweichen. Die Währungsunion darf nur verwirklicht werden, wenn tatsächlich alle vereinbarten Stabilitätskriterien erfüllt sind. Wir halten daran fest, daß die Europäische Zentralbank ihren Sitz in Deutschland nimmt.

3 Die EG braucht ein klares Konzept für die Erweiterung. Eine Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten muß an die Erfüllung von unabdingbaren Voraussetzungen geknüpft sein. Die bloße Vorgabe eines Zeithorizontes reicht nicht aus. Die Vertiefung und die Erweiterung der Gemeinschaft bedingen einander, wenn die Gemeinschaft ihren Aufgaben gerecht werden soll.

Zu den Bedingungen, die vor einer Aufnahme in die EG erfüllt sein müssen, gehören aus Sicht der CDU:

- ▶ gefestigte demokratische Strukturen;
- ▶ weitgehende Entstaatlichung der Wirtschaft;
- ▶ uneingeschränkte Akzeptanz des bis dahin erreichten Standes der Integration der Gemeinschaft, einschließlich der vollen Teilnahme an einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik;
- ▶ Anerkennung der politischen Finalität der Gemeinschaft.

Die CDU erwartet, daß ein detailliertes Konzept für die Erweiterung der EG durch die Kommission umgehend vorgelegt wird.

4 Wir brauchen dringend eine gesamteuropäische Lösung des Asylproblems. Das Abkommen von Schengen und die Dubliner Konvention müssen jetzt zügig ratifiziert werden. Als spezifischen Beitrag zu einer gesamteuropäischen Lösung muß die Bundesrepublik Deutschland die Art. 16 und 24 ihres Grundgesetzes so ergänzen, daß sie voll an europäischen Regelungen teilnehmen kann. Darüber hinaus wollen wir erreichen, daß mit den derzeitigen Nicht-EG-Staaten, mit denen wir eine gemeinsame Grenze haben, vergleichbare Abkommen vereinbart werden.

5 Angesichts offener Grenzen in Europa, aber auch angesichts einer zunehmenden internationalen Verflechtung der organisierten Kriminalität muß die Verbrechensbekämpfung gesamteuropäisch organisiert werden. Neben den nationalen Sicherheitsbehörden muß eine europäische Polizei nach dem Vorbild des amerikanischen FBI geschaffen werden. Europol ist neben dem Abkommen von Schengen und Dublin ein wichtiger Schritt.

6 Es ist ein Erfolg der CDU-Politik, daß in Deutschland ein europaweit vorbildliches Netz der sozialen Sicherheit geschaffen wurde. Dieser hohe soziale Standard darf im künftig geeinten Europa nicht gefährdet werden; die Integration darf nicht zu Lasten der sozialen Sicherheit gehen. Die nationalen Sozialsysteme dürfen auch nicht zu einem Instrument der Umverteilung in der Gemeinschaft werden. Wir setzen uns dafür ein, daß soziale Mindeststandards als einklagbare Rechte aller Arbeitnehmer in Europa vereinbart werden. Deshalb muß das von der Kommission vorgelegte Soziale Aktionsprogramm mit Hilfe des Maastrichter Zusatzabkommens schnell vom Rat und Europäischen Parlament verabschiedet werden.

7 Wir treten dafür ein, daß das künftig geeinte Europa nach dem bewährten Modell der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gestaltet wird. Dabei muß sichergestellt werden, daß alle Aufgaben, die von kleineren Einheiten erfüllt werden können, nicht auf zentrale europäische Institutionen übertragen werden. Das geeinte Europa ist seit Maastricht dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet. Deshalb muß die Aufgabenverteilung zwischen EG, Bund und Ländern stets im Sinne des Föderalismus zur Vermeidung von Zentralismus überprüft werden.

Der in Maastricht eingesetzte beratende Ausschuß der Regionen und Kommunen muß dabei eine wichtige Rolle spielen.

8 Die in Maastricht vereinbarte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muß möglichst umgehend Instrumente erhalten, damit die EG handlungsfähig werden kann. Dazu gehört die Schaffung einer europäischen Armee auf der Grundlage des deutsch-französischen Korps.

Angesichts wachsender politischer Instabilitäten an den Außengrenzen der EG muß Europa in der Lage sein, den Frieden in seiner unmittelbaren Nachbarschaft gemeinsam und mit eigenen Kräften zu sichern und gegebenenfalls wiederherzustellen. Dabei muß die EG insbesondere Verantwortung durch wirtschaftliche und politische Kooperation als vorbeugende friedenserhaltende Maßnahmen für die Mittelmeer-Region übernehmen. Darüber hinaus ist ein aktiver Beitrag der Gemeinschaft zur Stabilisierung der Staaten Osteuropas unverzichtbar. Allerdings müssen die von den Staaten der Europäischen Gemeinschaft dafür übernommenen Lasten fair verteilt werden.

Das Delors-II-Paket muß verstärkt die Finanzierung der gemeinsamen Außenpolitik ermöglichen, um auf diese Weise alle EG-Staaten z. B. für den Aufbau Mittel- und Osteuropas in die Pflicht zu nehmen. Die CDU begrüßt es, daß die EG sich in Zukunft noch stärker an der Strukturpolitik für Ostdeutschland finanziell beteiligen will.

9 Europa muß stärker gemeinsame Verantwortung für die ärmeren Regionen in der Welt übernehmen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Europäische Gemeinschaft zum Abbau von Ungerechtigkeiten in der Welt beiträgt, indem sie Protektionismus, Subventionen und Zollschränken abbaut und ihren Markt für die Einfuhr von Produkten der Entwicklungsländer öffnet. Ein Erfolg der GATT-Verhandlungen ist für die Entwicklungsländer wichtiger als finanzielle Entwicklungshilfe.

10 Wir fordern, daß noch in diesem Jahr die Sitzverteilung im Europäischen Parlament stärker an der Bevölkerungszahl der Mitgliedsstaaten ausgerichtet wird. Die Zahl der deutschen Abgeordneten muß

entsprechend dem Bevölkerungszuwachs durch die neuen Länder erhöht werden. Deutsch als die am weitesten in der Gemeinschaft verbreitete Muttersprache muß weitere Arbeitssprache der EG werden.

„Wir machen uns stark für Europa“

Wir beginnen unsere Europa-Aktion im Vorfeld der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes. Die Aktion ist allerdings weit über den Rahmen dieses Jahres hinaus angelegt. Der europäische Einigungsprozeß ist die entscheidende historische Veränderung dieses Jahrzehnts und bedarf deshalb einer intensiven politischen Begleitung. Europapolitik ist ein Dauerthema der neunziger Jahre. Deshalb wollen wir erreichen, daß auf allen Ebenen der Partei bis hin zum Ortsverband europapolitische Themen kompetent diskutiert werden können. Wir wollen eine „Europäisierung“ unserer Parteiarbeit erreichen.

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Bis zur Europawahl im Juni 1994 werden wir in jeder örtlichen Gliederung der CDU Deutschlands mindestens eine europabezogene Veranstaltung durchführen. Schon jetzt haben viele Landesverbände und Bundesvereinigungen europapolitische Veranstaltungen in ihre Planung aufgenommen. So wird z. B.

der Landesverband Rheinland-Pfalz einen Europa-Kongreß durchführen; der Landesverband Thüringen bietet Schulungen zu europapolitischen Themen für alle Mandatsträger an; der EAK wird seine Bundestagung im September zum Thema „Christsein in Europa“ veranstalten; ebenfalls im Herbst führt die Frauen-Union ihre Bundesdelegierten-Versammlung unter dem Thema „Frauen in Europa“ durch; der Deutschlandtag der Jungen Union wird unter dem Motto „Fit für Europa“ stehen; die CDA lädt ein zum „Europäischen Jugendcamp“. Ein Aktionsleitfaden der Bundespartei gibt praktische Anregungen für die europapolitische Arbeit.

Wir begreifen die Europapolitik als zentrale Herausforderung an die politische Arbeit der CDU in diesen Jahren. Die Einigung Europas wird sich als entscheidender Modernisierungsschub für unser Land erweisen; mit der Europapolitik steht die Modernität und Zukunftsfähigkeit der CDU auf dem Prüfstand. Keine andere Partei als die CDU ist bisher erfolgreicher für deutsche Interessen in Europa eingetreten. Die CDU wird auch weiterhin die deutsche politische Kraft sein, die europäische Zukunft gestaltet.

Krause will Vorbeifahr-Verbot für Schulbusse

Verkehrsminister Günther Krause will die Sicherheit an den Schulbushaltestellen verbessern. Darauf zielt nach Angaben seines Ministeriums ein Verordnungsentwurf, wonach generell an Schulbussen, die an Haltestellen außerhalb geschlossener Ortschaften stehen, nicht vorbeigefahren werden darf. Die Busse müssen hierfür mit besonderen Leuchten an den Ecken der Fahrzeuge ausgestattet werden. Die Regelung soll versuchsweise eingeführt und wissenschaftlich begleitet werden. Im Verkehrsministerium wurde darauf verwiesen, daß die Gefahren besonders an Haltestellen außerhalb der Ortschaften erheblich sei.

Unsere Sympathiewerbemittel für Ihre Europa-Aktionen

Das zentrale Rahmenplakat „Wir machen uns stark für Europa“

(DIN A1, Bestell-Nr.: **8481**, Verpackungseinheit: 50 Expl., Preis je Einheit: 25, — DM) gibt es auch als Rahmenflugblatt: DIN A4, Bestell-Nr.: **1482**, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je Einheit: 18, — DM.

Das neue Europa-Aktionszeichen als Aufkleber

Bestell-Nr.: **9480**
Verpackungseinheit: 100 Stück
Preis je Einheit: 12, — DM.

Weitere Sympathie- Werbemittel:

● Fußball-EM-Kalender

Bestell-Nr.: **2472**
Verpackungseinheit: 250 Exemplare
Preis je Einheit: 22,50 DM.

● Europa-Regenschirm

Bestell-Nr.: **9439**
Verpackungseinheit: 1 Schirm
Preis je Schirm: 9,45 DM.

● CDU-Schlüsselanhänger

Bestell-Nr.: **9455**
Verpackungseinheit: 25 Stück
Preis je Einheit: 26,25 DM.

● Europa-Feuerzeug

Bestell-Nr.: **9506**
Verpackungseinheit: 25 Stück
Preis je Einheit: 23,75 DM.

Broschüre: Europa von A-Z



Bestell-Nr.: **5514**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je Verpackungseinheit: 24, — DM.

Bestellungen bitte an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
Fax (05423) 4 15 21
Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Parkscheibe mit neuem Aufdruck



Ab sofort können Sie die neugestaltete CDU-Parkscheibe bestellen. Im Interesse des Umweltschutzes haben wir bei dieser Produktion auf die PVC-Klarsichthülle verzichtet sowie ausschließlich Recycling-Karton verwendet.

Bestell-Nr. 9814, Verpackungseinheit: 100 Exemplare, Preis je Einheit: 56,— DM.

UiD

15/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119.
Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** v.a. Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.